

# Meldungen

zusammengestellt von Thomas Ruttig

## Vereinte Nationen zurückhaltend

Der UN-Sicherheitsrat hat in einer Resolution erneut seine "ernste Sorge" über die Situation in Afghanistan sowie die Menschen- und besonders Frauenrechtsverletzungen geäußert. Er unterstrich, daß es keine militärische Lösung des Konflikts geben könne und maß den afghanischen Parteien die Hauptverantwortung für die Suche nach einem friedlichen Weg bei. Lediglich Bedauern äußerte das Gremium darüber, daß die militärische Unterstützung der afghanischen Kriegsparteien auch 1997 unvermindert angehalten habe. Er "appellierte" an "alle" Staaten, keine Waffen, Munition sowie andere militärische Ausrüstungen mehr zu liefern sowie die militärische Ausbildung der Kämpfer einzustellen, vermied es jedoch erneut, die dafür verantwortlichen Mächte beim Namen zu nennen.

Der neue UN-Sonderbeauftragte für Afghanistan, der frühere algerische Außenminister Lakhdar Brahimi, hat mittlerweile einen neuen Verhandlungsmechanismus etabliert, die sogenannte "6+2-Gruppe". Daran nehmen neben den USA und Rußland die sechs Nachbarstaaten Afghanistans teil: Pakistan, Iran, China, Usbekistan, Turkmenistan und Tadschikistan. Diese Gruppe habe im letzten Jahr bereits dreimal getagt. Dabei kam es als Nebeneffekt auch erstmals zu US-iranischen Direktkontakten. Brahimi äußerte sich in einem Interview mit der 'Financial Times' aber pessimistisch. "Ich bin mir nicht sicher, ob wir genug haben, um (das) fortzusetzen", sagte er. Und: "Wir haben keinen funktionierenden Friedensprozeß". Er habe den Eindruck, daß die Vereinten Nationen oft "von Leuten" losgeschickt werden, "die wissen, daß nichts zu machen ist" und so "als Sündenbock" vorgeschoben werde.

Gleichzeitig nahm der Rat einen Bericht des UN-Sonderberichterstatters für Menschenrechtsfragen in Afghanistan, des südkoreanischen Professors Choong-Hyun Paik, entgegen. Während einer zweiwöchigen Reise nach Nordafghanistan habe er mehrere Massengräber besichtigen können, die nach dem erneuten Machtwechsel zugunsten des Warlords Abdurrashid Dostum von dessen Truppen dort entdeckt worden waren. Die insgesamt etwa 2.000 Leichen in den etwa 20 Gräbern in der Layli-Wüste bei Schiberghan, bei Mazar-e Sharif und in der Provinz Faryab seien

als Taleban identifiziert worden. Den Gefangenen sei mitgeteilt worden, sie würden ausgetauscht. Dann habe man sie z.T. lebendig in Brunenschächte gestoßen, ihnen Handgranaten nachgeworfen und dann mit Planierdraht verscharrt. Sowohl Dostum als auch seine Gegner von den Taleban machen den im November nach Iran geflohenen General Abdulmalek Pahlawan für die Untaten verantwortlich. Der hatte im Mai eine etwa 3.000 Mann starke Taleban-Abteilung eingekesselt. Bei Kämpfen seien etwa 500 von ihnen gefallen, die übrigen gefangenengenommen worden. Im Oktober, bei der erneuten Machtübernahme Dostums, seien in Gefangenenlagern nur noch 300 von ihnen gefunden worden. Die Taleban verlangen von der Teheraner Regierung deren Auslieferung. Bei einer "negativen Antwort", warnte Taleban-Informationsminister Amir Khan Muttaqi, werde es "in naher Zukunft eine harte Reaktion" geben. "Wir haben eine lange Grenze mit Iran, und weil Iran unsere Opposition unterstützt, werden wir ihre Opposition unterstützen."

In Paiks Bericht ist aber auch von vier Massakern der Taleban in Dörfern in der Umgebung von Mazar-e Scharif die Rede. In einem Fall seien 53, in einem anderen 30 Zivilisten vom Volk der Hazara niedergemetzelt worden. Anfang Januar beschuldigte die Anti-Taleban-Allianz sie eines weiteren Massakers in der Provinz Faryab, wobei 600 Dorfbewohner umgekommen seien und eine Massenflucht von 20.000 Menschen ausgelöst worden sei. Auch diese Vorkommnisse will die UN untersuchen.

## Kritik an "Ungläubigen"

Taleban-Chef Mullah Muhammad Omar hat den UN-Einsatz für die Rechte der afghanischen Frauen kritisiert und von ihnen eine "neutralere" Haltung verlangt. In einer Ende Dezember in Kabul verbreiteten Erklärung heißt es, die UN betreibe die Politik der Ungläubigen, die den Frauen "übermäßige Rechte" gewährten.

## Gesprächsangebote nicht ernsthaft

Die Taleban haben einen Vorschlag ihres Widersachers, den noch immer von den Vereinten Nationen anerkannten "Interimspräsidenten" Burhanuddin Rabbani, abgelehnt, während des islamischen Fastenmonats Ramadan eine Feu-

erpause zu vereinbaren. "Wir wissen, was sie damit wollen", erklärte Taleban-Sprecher Mullah Wakil Ahmad Mutawakkil, "sie wollen sich nur auf neue Kämpfe vorbereiten". Zwei Tage später erneuerten die Taleban dann selbst ein Verhandlungsangebot von Mitte Dezember. Einzige Vorbedingung war zunächst, daß nur islamische Würdenträger beide Seiten vertreten dürften. Später verlangten sie, die Gegenseite solle ihre Verhandlungsdelegation zuerst benennen und sie den Taleban zur Genehmigung vorlegen. Schließlich erklärten sie, auch Vertreter der von ihnen als "Glaubensabtrünnige" betrachteten Schiiten, die zur Anti-Taleban-Allianz gehören, dürften nicht an den Gesprächen teilnehmen. In der pakistanischen Presse gilt der Vorschlag deshalb inzwischen ebenfalls als gescheitert.

## Kämpfe um wichtiges Kraftwerk

Die Anti-Taleban-Allianz hat Anfang Januar die strategisch wichtige Ortschaft Tagab nordöstlich von Kabul eingenommen. Von dort aus kann sie das Wasserkraftwerk Sarobi 70 Kilometer östlich von Kabul bedrohen, das maßgeblich die von den Taleban gehaltene Hauptstadt mit Strom versorgt. Im Gegenzug bombardierten die Taleban die von schiitischen Gegnern kontrollierte Provinzhauptstadt Bamian westlich von Kabul und zwangen die UN, ihre Luftbrücke für die Versorgung von rund 170.000 von Hunger bedrohten Einwohnern der Region einzustellen. Dabei wurde auch ein Büro des UN-Welternährungsprogramms beschädigt. Anschließend erklärte ein Sprecher der Taleban, die ultraislamistische Bewegung könne auch künftig nicht die Sicherheit der Hilfstransporte garantieren.

## Taleban-Vormarsch über Pakistan

Interimspräsident Burhanuddin Rabbani hat auf einer Pressekonferenz Anfang Januar in Pakistan die Taleban beschuldigt, eine neue Front in seiner Heimatprovinz Badakhshan eröffnet und dabei pakistanisches Territorium benutzt zu haben. Ihre Kämpfer seien über Chitral in das Gebiet eingedrungen. Dabei bedrohten sie zeitweilig die für Rabbani wirtschaftlich wichtigen Lapislazuli-Minen in dem Gebiet und hätten auch den Wakhan-Korridor unter ihre Kontrolle bringen können, der an die chinesische muslimische Unruheprovinz Xinjiang

grenzt. Inzwischen sollen lokale Milizen den Angriff abgeschlagen haben.

## UN-Geld gegen Drogen

Taleban-Chef Mullah Muhammed Omar will mehr Geld von den Vereinten Nationen, um ihre Forderung durchzusetzen, die Produktion von Opiummohn zu unterbinden. "Wenn die UN ein Verbot für Opiummohn in Afghanistan will, ersuchen wir sie, etwas entsprechendes dafür zu tun", sagte er Anfang Januar. Er erklärte jedoch, dieses Ziel auch selbst zu verfolgen: "Drogen sind auch für Afghanen sehr schädlich, und mit oder ohne UN-Unterstützung haben wir ernsthaft vor, weite Flächen und Wüsten zu kultivieren und Land an landlose Menschen zu vergeben", hieß es. "Das werde zu einem Ende des gefährlichen Mohnanbaus führen." Bis zu 80 Prozent des in Europa verkauften Heroins soll aus Afghanistan stammen.

## Taleban wollen reguläre Armee

Die Taleban wollen eine reguläre Armee aufbauen. Das berichtete der pakistanische 'Dawn' am 8. Januar. In einer ersten Etappe sollen zwei Divisionen und ein Luftwaffenkorps aufgestellt werden. Dazu hätten sich die Taleban an frühere afghanische Armeeoffiziere um Unterstützung gewandt. Dabei sollen Offiziere bevorzugt werden, die ihre Ausbildung in nicht-kommunistischen, vor allem muslimischen Ländern, absolviert hätten. Ein General Rahmatullah Safi sei schon in Pakistan eingetroffen und wolle sich in Kandahar mit Taleban-Chef Mullah Omar treffen.

## Taleban-Fraktionskämpfe?

In der Nacht zum 9. Januar soll es erstmals im Hauptquartier der Taleban in Kandahar zu Kämpfen gekommen sein. Dabei wurden nach pakistanischen Presseberichten vier Personen getötet und mehrere verwundet, darunter der hochrangige Taleban-Funktionär Mullah Naqibullah. Eine Gruppe Bewaffneter hätte den Mullah mit schweren Waffen beim Freitagsgebet angegriffen. Ein Taleban-Sprecher bezeichnete die Angreifer als Tscharsian (Drogenabhängige), einer von ihnen sei hingerichtet, die Revolte niedergeschlagen worden. In der pakistanischen Presse wurden die Angreifer aber als Anhänger der Nummer zwei der Taleban, Mullah Rabbani, bezeichnet. Ursache der Kämpfe seien Rekrutierungsversuche in mehreren Dörfern bei Kandahar gewesen, Hochburgen des früheren Mudschahedin-Warlords Mullah Naqibullah, denen sich deren Bewohner gewaltsam widersetzt hätten. Daraufhin hätten die Taleban Be-

waffnete dorthin entsandt. Naqib habe den Taleban vorgeworfen, sie hätten Versprechen nicht eingelöst, als er ihnen 1994 die Einnahme Kandahars gestattet habe. Nach Augenzeugenberichten soll es am 11. Januar auch in Kabul zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen afghanischen und pakistanischen Taleban gekommen sein. Mindestens 26 Taleban sollen getötet worden sein.

Auch Taleban-Innenminister Mullah Khaksar soll sich gegen die Taleban gewandt und sie als "anti-sozial und anti-afghanisch" bezeichnet haben. Er habe ihnen vorgeworfen, ohne Erlaubnis und in Verletzung der afghanischen Kultur in Häuser von Zivilisten eingedrungen zu sein. Denselben unbestätigten Berichten zufolge soll auch der frühere Taleban-Außenminister Mullah Muhammad Ghaus wegen ähnlicher Kritik seinen Posten verloren haben.

## "Afghanen raus" aus Baluchistan

Der Chefminister der pakistanischen Provinz Baluchistan Akhtar Mengal hat die sofortige Repatriierung von rund 70.000 afghanischen Flüchtlingen gefordert, weil sie "Probleme" schaffen würden. "Sie sind eine Last und eine Quelle verschiedener Probleme", sagte er in Karachi. Die Taleban, die behaupteten, sie hätten den Frieden im Land wiederhergestellt, müssten sie zurücknehmen. Er forderte Premierminister Nawaz Sharif auf, Schritte zu unternehmen, sie nach Hause zu schicken, ansonsten würde die Provinzverwaltung dies tun. Am 12. Januar kündigte die pakistanische Regierung an, die Grenze zu Afghanistan abriegeln zu wollen, um den Schmuggel zu unterbinden, so Handelsminister Ishaq Dar.

## Humanitäre Hilfe

Die EU-Kommission genehmigte am 13. Januar 7,25 Millionen DM für humanitäre Hilfsprojekte in Afghanistan. Damit sollen fünf europäische Nichtregierungsorganisationen in den nächsten sechs Monaten Projekte durchführen.

## London finanziert Waisenhaus

Die britische Regierung hat 500.000 Pfund für das Tahia-Maskan-Waisenhaus, die einzige derartige Einrichtung dieser Art in Kabul, bereitgestellt. Das Projekt wird über die Organisationen 'Children in Crisis' und 'Child Advocacy International' geführt. In dem Waisenhaus leben etwa 500 Kinder in einem fensterlosen Betongebäude ohne Strom, Heizung und Toiletten und fast ohne Wasser. Es gibt nur einen Wasserhahn in der Küche und einen Brunnen

außerhalb des Gebäudes. Die Jungen verrichteten ihre Notdurft deshalb im Freien, die Mädchen in den Gängen des Gebäudes. Auch sonst, so der Projektantrag, seien die hygienischen Bedingungen schlecht: "Die Kinder sind extrem schmutzig, (...) die Kleider, die sie tragen, werden verbrannt werden müssen". Bereits seit mehreren Jahren erhalten die Kinder täglich nur eine karge Mahlzeit aus Reis schlechter Qualität und Bohnen, etwa 1.700 Kalorien pro Tag - "wenn sie alles aufessen". Trotzdem schickten verzweifelte Eltern ihre Kinder dorthin, weil es in der Stadt oft noch weniger Nahrung gebe. Deshalb seien "nur" acht Prozent der Insassen des Heims tatsächliche Waisen, 78 Prozent von ihnen besäßen noch mindestens einen Elternteil.

Ziel des Projekts ist es deshalb, 85 Prozent der Kinder wieder mit ihren Familien zusammenzubringen. Über die Organisationen sollen sie zweimal täglich eine Mahlzeit und eine schulische bzw. berufliche Ausbildung erhalten. Im Waisenhaus soll eine Tagesbetreuung eingerichtet werden. Für die übrigen Kinder soll das Waisenhaus u.a. eine Wasserversorgung und sanitäre Einrichtungen erhalten, die Küche und die Klassenräume werden neu ausgestattet. Die Regierung will Land bereitstellen, damit durch Gemüseanbau die Ernährung ergänzt werden kann. Das Waisenhaus sei "die einzige Einrichtung im Taleban-kontrollierten Teil Afghanistan, in der Mädchen zur Schule gehen dürfen".

## Nummer vier der Asylbewerber

Auch 1997 bildeten Afghanen in der Bundesrepublik wieder die viertgrößte Gruppe der Asylbewerber. Das Bundesinnenministerium gab ihre Gesamtzahl am 13. Januar mit 4.735 an. Nach UNHCR-Angaben kamen im ersten Halbjahr die meisten: 3.203. Nur aus der Türkei, Jugoslawien und Irak kamen in diesem Zeitraum mehr Flüchtlinge nach Deutschland. Mitarbeiter von deutschen Initiativen der Flüchtlingshilfe verweisen jedoch darauf, daß derzeit Asylanträge von Afghanen nicht einmal gerichtlich bearbeitet werden. Nach der Aufhebung von zwei Urteilen von Landesverwaltungsgerichten im November durch das Bundesverwaltungsgericht in Berlin haben Afghanen als Bürgerkriegsflüchtlinge "grundsätzlich keinen Anspruch auf Asyl in Deutschland" mehr. Zuvor hatten Gerichte in Hessen und Bayern festgestellt, daß politische Verfolgung nicht zwangsläufig von einer gesamtstaatlichen Macht ausgehen müsse und es im Falle Afghanistans in allen Machtzonen "staatlich bzw. staatsähnlich verfaßte Gemeinwesen" gebe, die politische Verfolgung ausüben könnten.

## Brzezinski: CIA half Mudschahedin schon vor sowjetischem Einmarsch

Die CIA hat die Mudschahedin in Afghanistan schon Mitte 1979 unterstützt und dabei gewußt, daß dies die Sowjetunion zu einer Militärintervention verleiten könnte. "Es war am 3. Juli 1979, als Präsident Carter die erste Direktive über geheime Unterstützung für die Gegner des prosovjjetischen Regimes in Kabul unterschrieb", sagte Zbigniew Brzezinski, Carters Nationaler Sicherheitsberater der französischen Wochenzeitung 'Nouvel Observateur'. "An diesem Tag habe ich dem Präsidenten eine Note geschrieben, in der ich meine Meinung darlegte, nach der diese Hilfe eine militärische Intervention der Sowjets nachsichziehen werde. ... Wir haben die Russen nicht in eine Intervention getrieben, aber wissentlich die Wahrscheinlichkeit dafür erhöht. ... Der Effekt war, die Russen in die afghanische Falle gezogen zu haben." Offiziell begann die CIA-Hilfe an die Mudschahedin erst 1980 nach dem sowjetischen Einmarsch. Brzezinski wies zurück, daß die US-Hilfe die Ausbreitung des islamischen Fundamentalismus in Afghanistan begünstigt habe: "Was war aus welthistorischer Sicht wichtiger? Die Taleban oder der Fall des Sowjetimperiums? Ein paar angestachelte Muslime oder die Befreiung Mitteleuropas und das Ende des Kalten Krieges?"

## Strikte Währungskontrolle in Kabul

Der Kurs des Afghani soll künftig durch ein tägliches Fixing durch die Taleban festgelegt werden, um Währungsspekulation zu verhindern, hieß es Mitte Januar. Der Kabuler Geldbasar sei geschlossen worden, damit alle Wechsel sich offiziell registrieren lassen. Außerhalb der beiden wichtigsten Kabuler Geldmärkte seien alle Währungsgeschäfte verboten, gab Radio Scharia bekannt. Zuwiderhandlungen würden mit zwei Jahren Haft und der Beschlagnahme des gesamten Besitzes geahndet. Der "Taleban-Afghani" stand zu diesem Zeitpunkt 31.000 zu 1 zum Dollar.

## Afghanistan destabilisiert Pakistan

In der pakistanischen Presse mehren sich Stimmen, die die Afghanistan-Politik der Regierung Sharif als verhängnisvoll bezeichnen. Inzwischen würden auch die Spannungen zwischen pakistanischen Sunniten und Schiiten teilweise aus Afghanistan angefacht. Hunderte religiöser Aktivisten hätten in Taleban-Gebieten militärische Unterstützung, Ausbildung und Zuflucht erhalten, darunter Kämpfer der militanten Gruppe 'Lashkar-e-Jhangvi', die im Januar das Massaker von Lahore verübten. Sie hätten sich in einem Camp der kaschmirischen Extremistengruppe 'Harkat-ul-Ansar' aufgehalten. Auch Aktivisten des 'Sipah-e-Sahaba Pakistan' (SSP) seien bereits im Dezember 1996 nach Kabul gegangen und hätten an der Taleban-Offensive gegen Mazar-e Sharif im Mai 1997 teilgenommen. Zudem hätten seit 1996 mittlerweile 10.000 bis 15.000 pakistanische Madrassa-Schüler an der Seite der Taleban gekämpft. Tausende seien heimgekehrt, um in Pakistan eine islamische Revolution im Taleban-Stil durchzuführen. Taleban-Prediger würden inzwischen regelmäßig an Madrassas in Karachi, in der NWFP und Belutschistan zu einem islamischen Aufstand in Pakistan aufrufen. Zudem würde der Schmuggel an der afghanisch-pakistanischen Grenze, der einen Wert von 2,5 Milliarden US-Dollar besitze (ohne den Drogenschmuggel von 1 Milliarde) wenigstens mit zwei Prozent zu Pakistans Inflationsrate beitragen. Trotzdem habe Finanzminister Sartaj Aziz gefordert, daß Pakistan Afghanistan nun ökonomisch als fünfte Provinz betrachten solle.

## Brücke nach Usbekistan wieder frei

Nach Berichten von Hilfsorganisationen hat die usbekische Regierung Mitte Januar die Blockade der einzigen Brücke über den afghanischen Grenzfluß Amu-Darya beendet. Sie hatte die frühere "Brücke der Freundschaft", die von der Sowjetunion während ihrer zehnjährigen Besetzung Afghanistans gebaut worden war, Mitte 1997 mit Betonblöcken und

Panzern abgeriegelt, als die Taleban sich der Nordgrenze des Landes näherten und nachdem der usbekische Verbündete und Machthaber in Nordafghanistan, Abdurrashid Dostum, durch einen internen Putsch zeitweilig verdrängt worden war. Dostum soll die usbekische Regierung dazu gedrängt haben. Die Brücke verbindet den usbekischen Flußhafen Termez mit seinem afghanischen Gegenüber Hairaton und dient als wichtiger Zugang für internationale Hilfslieferungen wie auch für militärischen Nachschub für die Taleban-Gegner.

## Cat Stevens auf Radio Kabul

Überraschende Kunde aus Kabul brachte ein Korrespondent der Londoner 'Sunday Times'. Die Taleban, berichtete er am 26. Januar in der BBC, würden entgegen ihrem angeblich totalen Verbot von Musik bestimmte Stilrichtungen doch zulassen. Zu seiner Überraschung habe er im Kabuler Radio Schariat (früher Radio Kabul) ein Lied der früheren Popstars Cat Stevens, der in den 80er Jahren zum Islam konvertierte und den Namen Yusuf Islam annahm, mit dem Titel "Afghanistan" gehört. Einwohner der Stadt bestätigten ihm, daß es öfter gespielt würde. Die Taleban hätten bestritten, daß es sich bei dem Gesang ohne instrumentale Begleitung um "Musik" handele. Religiöse Gesänge sind von dem Verbot ausgenommen. Seit ihrer Einnahme von zwei Dritteln Afghanistans beschlagnahmten die Taleban Musikkassetten und Recorder sowie auch Musikinstrumente.

## Gestrandet vor Australien

Nicht nur in der Ostsee werden immer wieder Afghanen als illegale Einwanderer nach Europa gefunden. Die australischen Einwanderungsbehörden haben jetzt vor der Nordküste des Landes 25 Afghanen gerettet, hieß es am 25. Januar. Das Fischerboot mit indonesischer Besatzung drohte, in der Timorsee zu sinken.

# Die Taleban der Business Class

Sage noch einer, die Taleban seien modernitätsfeindlich und puritanisch. Im Dezember, das enthüllte vor einigen Tagen die 'Washington Post', schwebten einige Abgesandte der afghanischen ultra-islamistischen Bewegung per Helikopter auf einer Ölplattform im Golf von Mexiko ein, darunter ihr Bergbauminister Maulawi Ahmad Dschan und ihr Sprecher Amir Khan Muttaqi. Seit ihrem ersten Besuch im letzten Winter hatten die Mullahs dazugelernt. Sie trugen nicht mehr

nur ihre dünnen baumwollenen Gewänder und Sandalen an den bloßen Füßen, und auch ein Ausflug aufs Festland, bei dem sie "Luxusgüter" erstanden, war eingeplant.

Gastgeber war die 'United Oil Company of California' (UNOCAL), die seit mehreren Jahren eine Erdgaspipeline von Turkmenistan über Afghanistan nach Pakistan bauen will. Sie soll den Taleban 50 bis 100 Millionen Dollar Transitgebühren im Jahr einbringen, so UNOCAL-Vizepräsident

Marty F. Miller. Die Gäste bestaunten die jüngste Unterwasser-Bohrtechnik der Gesellschaft, die für ihre Risikoprojekte etwa in Burma (Myanmar) bekannt ist. Vor allem trafen sie deren Direktoren, denn der Milliarden-Deal ist noch lange nicht unter Dach und Fach. Die Taleban halten ihre Partner hin, um ihnen die bestmöglichen Konzessionen zu entlocken.

Um sich einen Vorteil zu verschaffen, hatte UNOCAL auch schon in Afghanistan für einen Modernisierungsschub bei den Taleban gesorgt. Neben "humanitärer Hilfe" - Ursache für die weitverbreiteten Gerüchte, Washington habe die Taleban finanziert - lieferten sie ihnen Faxgeräte und Telefone, natürlich nur, um die Geschäftskommunikation zu verbessern. Mitte November startete die Gesellschaft ein 900.000-Dollar-Trainingsprogramm an der 'University of Nebraska' in Omaha für 137 afghanische Pipeline-Bauer. Thomas E. Gouttierre, Chef des Zentrums für afghanische Studien der Universität hofft auch, Frauen ausbilden zu können. UNOCAL finanziert bereits einige Lehrerinnen-Ausbildungsprogramme in Taleban-kontrollierten Gebieten. Die mit getönten Scheiben versehenen und klimatisierten Geländewagen japanischer Bauart hingegen, mit denen die Taleban sich gern sehen lassen, stammen von Gönnern in den Golfstaaten, denen sie die Falkenjagd auf die vom Aussterben bedrohten Tiere gestatteten. Die ohnehin nach saudischem Vorbild organisierte Religionspolizei erhält ihre Gelder aus Saudi-Arabien.

UNOCAL ist nicht die einzige Firma, die das sogenannte 'Central Asian Oil Pipeline Project' (CAOP) bauen will. Eigentlich stammt der Plan von der argentinischen Firma 'Bridas Oil'. Diese eher der zweiten Garde der Branche zuzuordnende Firma hatte sich als erste aus dem Westen in Turkmenistan engagiert, dort zunächst 200 Millionen Dollar in das Erdgasfeld von Daulatabad, das größte seiner Art weltweit, investiert und 1994 den schier hirnverbrannten Plan ausgeheckt, den Rohstoff ausgerechnet durch das kriegszerrissene Afghanistan zu exportieren. Doch Bridas-Chef Carlos Bulgheroni rang allen afghanischen Kriegsparteien eine Unterschrift dafür ab.

Aber er hatte die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Als UNOCAL Wind von dem Plan bekam, legte sie den beiden betroffenen Regierungen sowie den Taleban ein analoges Projekt vor, erweitert um eine - zumindest in Afghanistan - parallel verlaufende Erdölleitung zur pakistanischen Küste. Daß sich Turkmenistan und Pakistan vertragsbrüchig für dieses Projekt entscheiden, ist der massiven Einflußnahme der

US-Regierung auf beide Länder zu verdanken. Turkmenistans Präsident Saparmurad Nijasow, der als einziger GUS-Staatschef über unbelastete Beziehungen zu den Taleban verfügt, nutzte einen Streit mit Bridas um die Gewinnbeteiligung an der Erdgasgewinnung und kündigte den Argentinern alle Verträge. Die reichten dagegen Klage bei der Internationalen Handelskammer ein; das Verfahren ist bis heute anhängig. Jetzt will sogar Präsident Clinton sein Gewicht für UNOCAL in die Waagschale werfen.

Noch ist die 1.300 Kilometer lange Gasleitung nach Pakistan, die als erste gebaut werden soll, ein frommer Traum. Aber wie schnell es gehen kann, zeigte im Dezember Präsident Niazow, als er zusammen mit seinem neuen iranischen Amtskollegen Mohammad Khatemi mit einer kleinen Zeremonie das Ventil einer 287 Kilometer langen Röhre öffnete, die turkmenisches Erdgas über Iran auf den Weltmarkt strömen lassen soll. Das war gleich in doppelter Hinsicht ein historischer Schritt: Zum einen wird dadurch erstmals Gas aus einer ehemaligen Sowjetrepublik unter völliger Umgehung Rußlands exportiert, zum anderen verzichteten die USA darauf, mit Turkmenistan ein Land unter Druck zu setzen, das ihr Iran-Embargo bricht.

Ebenso wie diese Röhre ordnet sich das CAOP in die entscheidende Phase im Wettrennen um die Rohstoffe im ehemaligen sowjetischen Teil Mittelasiens und am Kaspischen Meer ein, das Branchenfachleute als weltweit letzte unerschlossene Vorkommen von Bedeutung bezeichnen. Dort lagert mindestens ein Zehntel der Menge an Öl, die am Persischen Golf nachgewiesen ist. Turkmenistan allein verfügt über die drittgrößten Erdgasreserven der Welt. Um die Sicherheit von Pipelines zu gewährleisten, die aus einer strategisch so wichtigen Region hinausführen, sind die USA gewiß bereit, eine noch so menschen- und vor allem frauenrechtsfeindliche Taleban-Herrschaft zu tolerieren. Im Interesse ihrer Ölkonzerne sind die USA schon dabei, das Iran-Embargo fallenzulassen.

Eines kann ihnen noch einen Strich durch die Rechnung machen. Die US-Frauenbewegung hat in Sachen Afghanistan eine ihrer bisher größten internationalen Kampagnen losgetreten. Wenn sich Washington zu Taleban-freundlich zeigt, könnte das die Ergebnisse der Ende des Jahres anstehenden Kongreß-Zwischenwahlen zuungunsten der ohnehin schon in der parlamentarischen Minderheit befindlichen Demokraten beeinflussen und auch die Wahlchancen von Clinton-Nachfolger Al Gore 1999 mindern.

Thomas Ruttig

### Früherer Premierminister gestorben

Afghanistan ist wieder um eine Hoffnung ärmer. Am 25. Januar starb der ehemalige Ministerpräsident des mittelasiatischen Landes, Muhammad Yusuf, im Alter von 81 Jahren in seinem deutschen Exil. Er galt als zentrale Figur der königstreuen Opposition und setzte sich noch während der sowjetischen Besetzung für eine friedliche Lösung des Afghanistan-Problems ein, unterstützte jedoch auch die Mudschahedin in ihrem Kampf gegen die Sowjets. Nach deren Abzug 1989 wurde Yusuf immer wieder für hohe Ämter in einer Übergangsregierung gehandelt, die demokratische Verhältnisse in Afghanistan etablieren sollte und um deren Zustandekommen sich die UN bemühte.

Unter dem König Muhammad Zaher Schah diente Yusuf ab 1953 zunächst als Minister für Industrie und Bergbau, später für Bildung, bevor mit ihm 1963 erstmals ein Nichtmitglied des afghanischen Königshauses Regierungschef wurde. Mit seinem Namen verbindet sich vor allem die zwei Jahre später verabschiedete Verfassung, die Afghanistan in eine konstitutionelle Monarchie verwandelte und für einen Demokratisierungsschub sorgte, obwohl Zaher Schah das ebenfalls vorliegende Parteiengesetz schließlich nicht in Kraft setzte.

Der in Kabul und Göttingen ausgebildete Physiker Yusuf vertrat sein Land von 1966 bis 1973 als Botschafter in Bonn. In diesem Jahr ernannte ihn der König zum nächsten Botschafter in Moskau, der Sturz der Monarchie kam jedoch dazwischen. Yusuf ging in den Ruhestand. Nach dem sowjetischen Einmarsch 1979 verließ er sein Land und lebte seither in Neuwied (Rheinland-Pfalz). Auch dort war er ein gesuchter Gesprächspartner von Vermittlern in Sachen Afghanistan, darunter Willy Brandt, der 1990 versuchte, in Deutschland eine internationale Afghanistan-Konferenz zu organisieren. Diese kam aber aufgrund eines Einspruches aus Washington nicht zustande, offenbar unter anderem, weil daran auch der damaligen prosowjetischen Regierungspartei in Kabul nahestehende Personen teilnehmen sollten.

Am nächsten kam Muhammad Yusuf einem politischen Comeback 1992, als der Rücktritt des vormals sowjetisch gestützten und mittlerweile von den Taleban ermordeten Staatschefs Nadschibullah und die Rückkehr des Königs faktisch perfekt war, Zaher Schah aber im letzten Moment einen Rückzieher machte. Kritiker warfen ihm vor, sich erst spät von den Greuelthaten der Mudschahedin nach deren Machtübernahme distanzieren zu haben.